

GREEN ECONOMY

● **CIRCLEG** verbindet Zürcher Engineering mit Impact. **Seite 45**

● **FABIENNE THOMAS** fordert mehr Tempo bei der Energiewende. **Seite 46**

● **KREISLAUFWIRTSCHAFT** braucht Freiheit statt Paragraphen. **Seite 47**



Projekt der Klimaplatform:
Die Insel-Gruppe setzt auf
Solarkraft vom Spitaldach.

«Klimaschutz braucht Taten, nicht nur Theorie»

Adrian Stiefel über die Grenzen der Freiwilligkeit und den Spagat zwischen Denkmalschutz und Photovoltaik.

INTERVIEW: JASMINE ALIG

Viele sehen im Umweltamt eher eine Behörde, die Vorschriften macht und bremst. Sie haben mit der Klimaplatform aber eine Community geschaffen, die Gas gibt. Sind Sie im Herzen mehr Netzwerker und Unternehmer als klassischer Amtsleiter?

Die Herausforderungen im Klimaschutz sind so gewaltig, dass es vermessen wäre, zu glauben, ich könnte das hier in meinem Büro alleine lösen. Ich wäre kein guter Amtsleiter, wenn ich nicht verstehen würde, dass wir diese Ziele nur gemeinsam erreichen. Wir müssen zuhören, aufeinander eingehen und Lösungen zur Umsetzung erarbeiten. Es bringt nichts, nur theoretisch zu diskutieren; man muss sich die Finger dreckig machen, investieren und realisieren. Natürlich brauche ich dafür ein Netzwerk und unternehmerisches Verständnis. Aber genau das macht meinen Job so cool: miteinander Lösungen zu suchen, um die gesetzten Ziele tatsächlich zu erreichen.

Verantwortlich für diesen Special Jasmine Alig

Impressum
Der Special «Green Economy» ist eine redaktionelle Eigenbeilage der Handelszeitung und Bestandteil der aktuellen Ausgabe. Die Gastbeiträge dieses Specials wurden von der Redaktion ausgesucht und kuratiert. Die Auftraggeber bezahlen Ringier Medien Schweiz eine Produktionsgebühr.
Herausgeber: Redaktion und Verlag Handelszeitung, Ringier AG, Ringier Medien Schweiz, 8021 Zürich.



Zur Person

Als Leiter des Amtes für Umweltschutz (AFU) der Stadt Bern und Initiator der Klimaplatform der Wirtschaft balanciert Adrian Stiefel seit Jahren an der Schnittstelle zwischen städtischer Regulierung und unternehmerischer Eigenverantwortung. Der diplomierte Naturwissenschaftler ETH gilt als pragmatischer Brückenbauer, der Ökologie und Ökonomie nicht als Gegensätze, sondern als Synergie versteht. Neben seiner Amtstätigkeit ist er Verwaltungsratspräsident der Wärmeverbund Marzili Bern AG und engagiert sich in nationalen Fachgremien für die urbane Energietransformation. Sein Fokus liegt auf der praktischen Umsetzung von Klimazielen durch Kooperation.

Die Klimaplatform der Wirtschaft existiert seit zwanzig Jahren. Wie schaffen Sie es, dass die Unternehmen nicht nur wegen des Labels dabei sind, sondern bereit sind, technisches Know-how offen miteinander zu teilen?

In diesen zwanzig Jahren haben die Partnerunternehmen weit über tausend Projekte realisiert und fast 200 000 Tonnen CO₂ eingespart. Das ist eine massive Wirkung. Wir konnten eine Kultur entwickeln, in der wir nicht mehr darüber streiten, ob die Ziele gut sind oder nicht. Wir akzeptieren die Rahmenbedingungen und überlegen stattdessen, wie wir uns stetig weiterentwickeln.

Treffen Sie sich auch physisch?

Ja, viermal im Jahr gibt es unsere Businesslunchs. Da gehen wir direkt in die Betriebe, und die Unternehmen präsentieren ihre Projekte – in einem geschützten Rahmen, ohne Medien. Es geht um den

inhaltlichen, praktischen Austausch: Wo lagen die Hürden? Warum hat es funktioniert oder eben nicht? Das nimmt den Firmen das Gefühl, alleine zu sein, und hilft uns als Behörde, zu verstehen, wo wir zusätzliche Unterstützung anbieten müssen. Diese partnerschaftliche Zusammenarbeit, trotz unterschiedlicher Rollen, ist das, was den Erfolg ausmacht.

Welches technische Projekt hat Sie in letzter Zeit besonders beeindruckt?

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Voraus: Es müssen nicht immer die sexy Leuchtturmprojekte sein. Die Summe der «08/15-Hausaufgaben» ist oft viel entscheidender. Aber zwei Beispiele zeigen die Spannweite: Wir haben in Bern ein grosses Unternehmen, das für die Produktion viel Alkohol benötigt. Früher floss dieser ins Abwasser und brachte die Bakterien in der Kläranlage

(ARA) quasi in einen «Happy-Hour-Zustand» – sie frassen nur noch den Alkohol und vergassen den Rest, was die Reinigungsleistung gefährdete. Statt eines Produktionsstopps haben wir eine Synergie gesucht. Die Firma hat daraufhin einen grossen Tank und eine Direktleitung zur ARA gebaut. Dort wird aus dem Alkohol nun Biogas gewonnen, das ins städtische Netz eingespeist wird und unter anderem das Inselspital beheizt. Eine Win-win-Situation für Standortqualität, Klimabilanz und Entsorgungssicherheit.

Und das zweite Beispiel?

Ein ganz anderes Projekt gab es in einem Berner Hotel. Das benötigte im Sommer enorm viel Energie für die Klimaanlage. Die Lösung war denkbar simpel: eine Personalschulung. Seither werden beim Zimmerputz im Sommer konsequent die Vorhänge gezogen. Die Investition war gleich null, die Reduktion des Energieverbrauchs und damit die Ersparnis bei den Energiekosten hingegen beachtlich.

Die Klimaplatform lebt von der Freiwilligkeit. Wo stösst dieser Ansatz an seine Grenzen? Wann braucht es das «harte» Klimareglement?

Es braucht beides von Anfang an. Ein Transformationsprozess, weg von fossilen Energien, ist ein

Fortsetzung auf Seite 44

Fortsetzung von Seite 43

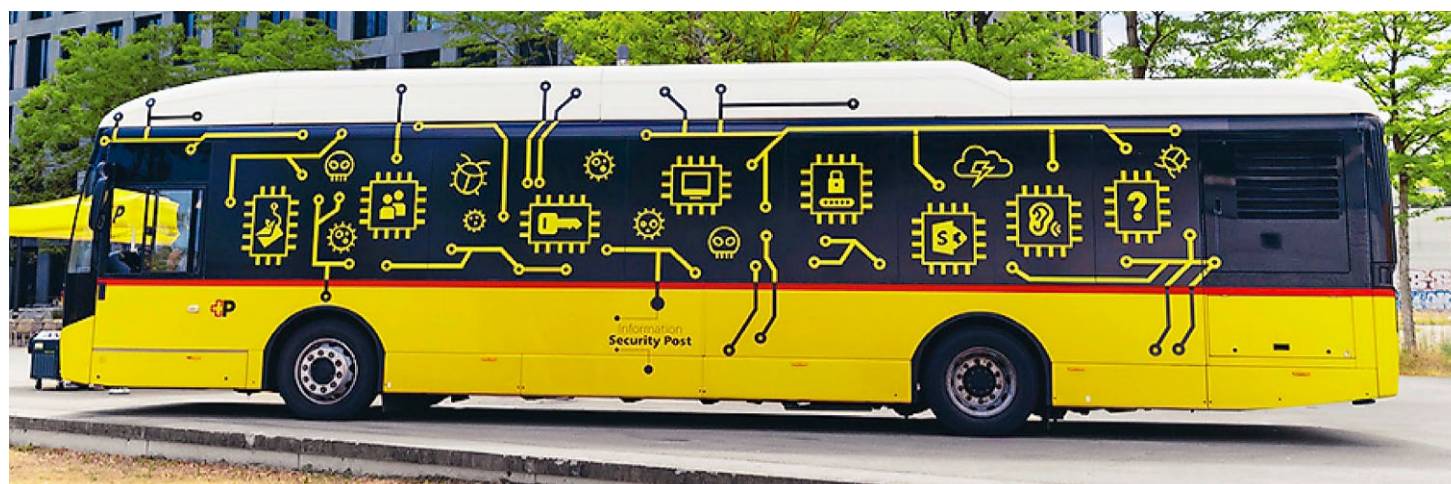
Marathon. Dafür brauchen Unternehmen Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Wenn klare Ziele und Konsequenzen fehlen, rücken andere Fragen in den Vordergrund und die Investitionen bleiben aus. Das harte Reglement der Stadt Bern ist absolut notwendig, um diesen Druck aufrechtzuerhalten. Innerhalb dieser Grenzen hilft die Freiwilligkeit der Plattform, die besten Wege zur Umsetzung zu finden. Es ist kein Entweder-oder, sondern ein Miteinander. Regeln gibt es übrigens auch bei der Mitgliedschaft: Wer auf der Plattform nicht mitdenkt, mitarbeitet, sich austauscht und mindestens alle zwei Jahre ein Projekt realisiert, fliegt raus. Das gab es in der Vergangenheit auch schon.

Warum gibt es eigentlich kein nationales Pendant zur Klimaplatzform, das vom Bund gesteuert wird?

Das weiss ich auch nicht. Vielleicht liegt es daran, dass wir eine sehr enge Bindung zu den Wirtschaftsverbänden haben – KMU Bern, der Handels- und Industrieverein, Bern City, der Gewerbeverein; sie alle sind Trägerorganisationen. In der Stadt bewegen wir uns in den gleichen Systemgrenzen und politischen Grundlagen. Das macht den Austausch zielgerichtet. Auf nationaler Ebene ist die Flughöhe oft viel höher, und der Föderalismus macht es komplexer. In Zürich gibt es Verbote, die es in Bern nicht gibt. Solche unterschiedlichen Grundlagen erschweren ein nationales Einheitsgefäss.

Das Projekt

Die 2006 gegründete Klimaplatzform der Wirtschaft ist ein preisgekröntes Berner Partnermodell. Rund achtzig Unternehmen – von KMU bis zu Grossbetrieben wie der Post – verpflichten sich freiwillig, regelmässig Projekte zur CO₂-Reduktion und zu weiteren Nachhaltigkeitszielen umzusetzen. Der Kern ist der technische Wissenstransfer bei vierteljährlichen Businesslunchs. Getragen wird die Plattform gemeinsam von der Stadt und den grossen regionalen Wirtschaftsverbänden.



Weiteres Projekt der Klimaplatzform: Der «Cyber Escape»-Bus der Postauto AG.

«Mein Job ist es, Lösungen zu erarbeiten, die Planungssicherheit bieten.»

Bern peilt netto null bis 2045 an, bis 2035 müssen eine Tonne CO₂ pro Kopf erreicht werden. Der Bund ist viel langsamer. Besteht nicht das Risiko, dass Unternehmen in die Agglomeration abwandern, um sich diese 10 oder 15 Jahre Galgenfrist zu erkaufen?

Niemand ist gut beraten, zu warten, bis es 2045 ist, um dann in Panik den Transformationsprozess zu starten. Das wäre eine Fehlkalkulation. Wir sehen doch heute, wie wichtig Energieunabhängigkeit und stabile Preise sind. Unsere ambitionierten Ziele in Bern können sogar zu Wettbewerbsvorteilen führen. Wer den Prozess jetzt konsequent startet, für den ist 2045 realistisch. Ob Bund oder Stadt: Man muss Investitionssicherheit bieten. Wenn man das Gefühl vermittelt, man habe noch ewig Zeit, wird man es nicht schaffen.

Sie gelten als jemand, der Zielkonflikte offen anspricht. Was sagen Sie einem Unternehmer, für den eine energetische Sanierung finanziell gerade schlicht nicht tragbar ist?

Oft wird Klimaschutz als teurer Zusatz «on top» auf eine fertige Planung gesetzt. Das ist der falsche Weg. Wenn man Nachhaltigkeit in die natürlichen Sanierungszyklen der nächsten zwanzig Jahre einplant, sind die Mehrkosten oft marginal oder amortisieren sich durch die

gesparten Energiekosten sogar sehr schnell. Natürlich gibt es Momente, in denen Löhne wichtiger sind als eine neue Heizung. Dann macht man es eben etwas später. Aber man muss es planen. Dabei unterstützen wir die Firmen mit der Klimaplatzform.

In einer historischen Stadt wie Bern knallt es oft zwischen Klimaschutz und Heimatschutz. Wie moderieren Sie diesen Konflikt, wenn ein Betrieb auf dem Dach der Altstadt Solarpanels installieren will?

Im Unesco-Perimeter, der Altstadt, gibt es keine Photovoltaik auf den Dächern. Da geht das Stadtbild vor. Wir haben aber zum Glück noch genug andere Dächer, die wir belegen können. Schwierig wird es dort, wo verschiedene Ämter unterschiedlich beraten. Es ist ein Albtraum für einen Eigentümer, wenn das Umweltamt «Hü» und die Denkmalpflege «Hott» sagt. Wir versuchen deshalb, diese Diskussionen intern zu führen und mit einer konsolidierten Haltung vor den Kunden zu treten. Am Ende ist es oft eine Kompromisslösung – im besten Fall eine gute Klimaschutzlösung, im schlechtesten Fall lässt es sich eben nicht umsetzen.

Wo mussten Sie als Amtsleiter zum letzten Mal einen ökologischen Grundsatz opfern, um eine wirtschaftliche Lösung zu ermöglichen?

Ich frage mich oft: Ist ein Argument eine echte Hürde oder nur eine Ausrede? Aber wir finden meistens Kompromisse. Mein Job ist es, Lösungen zu erarbeiten, die Planungssicherheit bieten. Ist man bereit, sich an einen Tisch zu setzen, muss man Grundsätze seltener «opfern», sondern kann sie in realistische Bahnen lenken.

Wenn Sie für einen Tag Bundesrat wären: Welches Gesetz würden Sie sofort kippen?

Ganz ehrlich: Keines. Ich bin ein grosser Verfechter unserer Institutionen. Es ist ein Privileg, dass bei uns keine Einzelperson Gesetze nach Gutdünken mit Füßen treten kann. Als Bundesrat würde ich genau das Gleiche tun wie jetzt: Verlässliche Rahmenbedingungen setzen und Planungssicherheit geben, statt ständig alles wieder infrage zu stellen.

Gäbe es denn ein neues Gesetz, das Sie einführen würden?

Ich würde mir wünschen, dass die Städte mehr Gehör finden. Wir haben in den urbanen Zentren eine enorme Energiedichte und ganz eigene Herausforderungen in der Transformation. Wir brauchen die Flexibilität und die übergeordneten gesetzlichen Grundlagen, um unsere speziellen Probleme lösen zu können. Man sollte Stadt und Land hier nicht gegeneinander ausspielen – es braucht einfach unterschiedliche Ansätze für unterschiedliche Realitäten.